Rede zum Haushalt der Stadt Witten 2019/20

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Voranstellen möchten auch wir einen Dank an das Team der Kämmerei und unseren Kämmerer für die Aufstellung dieses Doppelhaushaltes.

Die Erfahrung mit dem letzten Haushalt hat gezeigt, dass es richtig ist, wieder einen Doppelhaushalt aufzustellen und ihn vor dem Haushaltsjahr zu beschließen.

Wie in jedem Haushalt gibt es **Einzelpunkte**, die es uns **Freien Demokraten** sofort ermöglichen würden, den gesamten Haushalt **begründet abzulehnen**.

Wie jedem bekannt, gibt es nur zwei Stellschrauben, die zu einem ausgeglichenen Haushalt führen. Erhöhung der Einnahmen oder Reduzierung der Ausgaben.

Der scheinbar einfachste Weg, wie auch gerne von der GPA (Gemeindeprüfanstalt) vorgeschlagen, ist eine weitere Erhöhung der Gebühren, Gewerbe- und Grundsteuer. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass es zu Wegzug führt und daher eher den gegenteiligen Effekt hat. (siehe z.B. in der Stadt Altena)

Witten als Universitäts- aber auch weiterhin als Industriestadt hat das Potential Menschen anzulocken, die hier zu leben und arbeiten wollen. Mehr Menschen und gute Arbeitsplätze in der Stadt, lassen die Einnahmen steigen.

Viele Studenten der UWH erzählen mir, dass sie sich im Laufe ihrer Studienzeit in diese Stadt verliebt haben und hier gerne leben und sogar bleiben würden. Also muss es unsere Aufgabe in Politik und Verwaltung sein, unsere Stadt gerade für junge Menschen, Familien und Firmen noch attraktiver zu machen.

Unsere Wirtschaftförderung ist bereits in die richtige Richtung unterwegs, nur muss dieses auch mit Beschlüssen zu Gewerbeflächen und Baugrund flankiert werden.

Unsere Fraktion „die Linke“ fordert doch permanent, „Und was für wird für arme Menschen getan?“. Gute Arbeitsplätze in ausreichender Zahl sind das beste Mittel gegen Armut.

Gewerbesteuer und **Grundsteuer B** müssen wieder **gesenkt** werden, um es für Neuansiedler interessanter zu machen sich hier niederzulassen. Eine Senkung der Grundsteuer B würde nebenbei einkommensschwächere oder jüngere Haushalte deutlich entlasten.

Die planbarere größere Stellschraube liegt natürlich auf der Ausgabenseite.

Der Stellenplan der Stadt Witten, besser gesagt die immer noch hohe Anzahl an vollzeitverrechneten Stellen, ist eine beeinflussbare Größe.

Nein – wir werden **keine** (betriebsbedingten) Kündigungen fordern, aber wir möchten Ihren aus den letzten GPA Bericht 2016 und die Antwort unserer Verwaltung darauf vom 22.08.2017, eine aus unserer Sicht eine aufschlussreiche Stelle zitieren.

GPA:
„Die Stadt verfügt über kein detailliertes Personalentwicklungs- beziehungsweise Personalkostenabbaukonzept. Damit sind die Plandaten der Stadt Witten zu optimistisch. Es besteht ein zusätzliches haushaltswirtschaftliches Risiko."

Verwaltung:
Die Verwaltung setzt die Zielvorgaben des Rates (Beschluss mit HSP 2012) auf der Basis detaillierter Abgangslisten um. Außerdem liegt als ein erster wichtiger Baustein ein mittelfristiges Ausbildungskonzept vor, dass auch dem Rat im Rahmen des HSP vorlag. Abweichungen von den Abbauvorgaben sind nur bei gesetzlich zwingenden Aufgaben erfolgt. Die Steuerungsfähigkeit zeigt sich z.B. darin, dass die zahlungsgleichen Aufwendungen 2016 deutlich unter den Vorgaben lagen.

Beide Aussagen sind aus jeweiliger Sichtweise vielleicht sogar richtig, wenn auch veraltet, aber ein entscheidender Punkt wird dabei nicht berücksichtigt.

Der demografische Wandel

Die Frage (Zielvorgabe HSP2012) muss mittlerweile lauten, wenn man die Altersstruktur in der Verwaltung und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt betrachtet, wie schaffen wir die Aufgaben demnächst mit deutlich weniger Personal.

Witten ist, was auch von dritten Stellen immer wieder hervorgehoben wird, beim Thema e-Government schon sehr weit vorne, aber gilt dieses auch für alle Bereiche der internen Verwaltung.

Ist die technische Ausstattung so, dass sich die Menschen in der Verwaltung voll auf Ihre Aufgabe und die Menschen in dieser Stadt konzentrieren können, oder gibt es noch

„unproduktive“ zeitraubende Tätigkeiten wie z.B. Papiere bewegen oder Daten in Excel-Tabellen einzutragen?

Sich wappnen für den demografischen Wandel und der konsequente Einsatz aller technischen Möglichkeiten, sollten sich positiv hinsichtlich Arbeitsbelastung und Personalkosten auswirken.

Die Verringerung der Personalausgaben wäre dann nur ein positiver Nebeneffekt auf dem Weg unsere Verwaltung effektiv auf jetzt schon absehbare Entwicklungen vorzubereiten.

Wir **Freie Demokraten** wollen auch weiterhin, dass **zukünftige Generationen eigene Entscheidungen** treffen können und nicht durch **Festhalten an überholten Gewohnheiten und Vorstellungen** davon ausgeschlossen werden.

- **Die FDP-Fraktion wird deshalb diesem Doppelhaushalt, aber nicht dem Stellenplan zustimmen.**